

Völkerrecht für Privatarmeen

*Die Nichtregierungsorganisation Geneva Call kämpft für die Durchsetzung des
Minenverbots und den Schutz von Frauen*

Obwohl nichtstaatliche Gruppierungen in 90 Prozent aller Kriege verwickelt sind, können sie den humanitären Abkommen des Völkerrechts nicht beitreten. Die Organisation Geneva Call hat einen Weg gefunden, sie dennoch zu verpflichten.

Victor Kocher, Genf · Die Leiterin der Nichtregierungsorganisation Geneva Call, die frühere Genfer Kantonsratspräsidentin Elisabeth Decrey Warner, hat dieser Tage in der Rhonestadt dargelegt, wie ihre Organisation auch nichtstaatliche Gruppierungen dazu bringt, das humanitäre Völkerrecht und Menschenrechte zu befolgen. Die kleine Genfer Organisation stösst in eine wesentliche Lücke des Völkerrechts, weil nichtstaatliche Akteure und nicht anerkannte Staaten, etwa Nagorni-Karabach oder Somaliland, den Abkommen und Konventionen gar nicht beitreten können; andererseits bestimmen jedoch genau diese Kräfte in wachsendem Masse das moderne Kriegsgeschehen. Nach Geneva Call sind nichtstaatliche bewaffnete Gruppen an 90 Prozent der laufenden Konflikte beteiligt.

Damit haben die nur 24 regulären Mitarbeiter von Geneva Call mit ihrem Budget von etwa 2,7 Millionen Franken im Jahr ein bedeutendes Potenzial, Einfluss auf den Schauplätzen der asymmetrischen Kriege zu nehmen. Sie erkaufte es sich in den bisher zehn Jahren ihres Bestehens durch geduldige Verhandlungen mit teilweise übelstbelegten Terrorgruppen wie der kolumbianischen Nationalen Befreiungsarmee (ELN) oder der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und mit grosser Bescheidenheit in ihren Erwartungen. So unterzeichneten bisher 41 bewaffnete Gruppen in feierlichem Rahmen eine verpflichtende Urkunde, welche spezifisch die Umsetzung der Ächtung der Antipersonenminen verbietet. Die letzten beiden Organisationen sind zwei iranische Kurdengruppen, die am 13. und 15. April dieses Jahres eine solche Verpflichtung gegenüber der Republik und dem Kanton Genf sowie Geneva Call unterzeichneten. Genf ist die Hüterin dieser Erklärungen. Andere Unterzeichner sind etwa die Moro Islamic Liberation Front in den Philippinen, die Westsahara-Befreiungsfront Polisario, der Puntland State sowie andere Milizen in Somalia oder das Sudan People's Liberation Movement.

Nur ein erster Schritt

Geneva Call wird meist mit ihrem Einsatz zur Durchsetzung des Minenverbots gleichgesetzt, weil Decrey Warner sich anfänglich von dieser Stossrichtung einen relativ grossen humanitären Nutzen für die Zivilbevölkerung in Konfliktgebieten versprach. Die Genfer Organisation erachtet die Verzichtserklärung nur als ersten Schritt. Darauf folgen zahlreiche Bemühen zur Unterstützung bei der tatsächlichen Abrüstung der Minen, bei der Entminung von gefährlichen Zonen, bei der Zerstörung der Bestände. Dazu gehört auch die Erarbeitung von Informationsmaterial für die Milizionäre, Kommandanten und die Bevölkerung, und zwar in einer Sprache und Form, die lokalen Traditionen angepasst ist. Auch die Betreuung und Rehabilitation von Minenopfern darf nicht fehlen.

Im Juni 2009 kamen in Genf 44 Delegierte von 29 Unterzeichnern der Minenverpflichtung zu einem Erfahrungsaustausch zusammen. Ein solches Treffen von Führern und Kommandanten, welche von zahlreichen Staaten als Terroristen gesucht sind, ist in der neutralen Schweiz möglich. Die Guerillaführer wünschten, sich auch auf andere Bereiche der Menschenrechte zu verpflichten, etwa den Schutz von Frauen und Kindern in Konfliktsituationen. Geneva Call nahm diese Erweiterung auf andere Menschenrechte, die ganz im Sinne ihrer Schritt-für-Schritt-Strategie liegt, auf. Man arbeitet nun am Text zweier entsprechender Deklarationen. Verschiedene Gruppierungen mahnten sofort kulturelle Besonderheiten ihrer Gesellschaften an, welche in dem Papier zu berücksichtigen seien.

Keine Ausgrenzung

Decrey Warner hält sich nach zehn Jahren der teilweise ernüchternden Erfahrung an den Ausspruch des kolumbianischen Guerillaführers Francisco Galan, wonach alle Freiheitskämpfer für einen Kern der Humanität stehen, auch wenn ihnen jahrelanger brutaler Kleinkrieg viel davon ausgetrieben hat. Sie frohlockt, wenn abgebrühte Propagandisten für eine Konferenz von Geneva Call zusammenkommen und sich auf humanitäre Belange konzentrieren, ohne den Anlass für politische Prahlereien zu missbrauchen. Oder wenn hartgesotene Krieger aus offiziellen Armeen und der Guerilla für eine Überprüfungsmission von Geneva Call zusammenarbeiten und dabei feststellen, dass

sie gewisse Gemeinsamkeiten haben. Umgekehrt giesst Decrey Warner Pech und Schwefel auf die Ausgrenzungspolitik des Westens: «Wenn man die Guerillas auf Terroristenlisten setzt und aus der politischen Gemeinschaft ausschliesst, so treibt man sie noch mehr in die Radikalisierung. Dann fällt es schwer, von diesen Leuten gleichzeitig die Respektierung hehrer humanitärer Prinzipien einzufordern.»

Meinung & Debatte, Seite 23